

(Hürten [GRÜNE])

(A)

krasser. Von 100 Frauen im Ruhrgebiet im Alter zwischen 15 und 65 Jahren

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

sind nur 39 erwerbstätig. Im Bundesgebiet sind es 50, in Berlin und Hamburg sogar 70 Frauen.

Das Problem der Frauen ist dabei nicht, daß sie durch den Niedergang von Kohle und Stahl zu einem Arbeitsplatzwechsel gezwungen werden, sondern daß sie in der Montanindustrie und deren Zulieferern erst gar keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Auch in den anderen Industriezweigen im Ruhrgebiet sind sie nur schwach vertreten.

Die Landesregierung scheint der Auffassung zu sein: Die Frauen im Ruhrgebiet haben sich daran gewöhnt, unterdurchschnittliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Wie sonst ist Ihre beharrliche Weigerung zu verstehen, Fraueninteressen in die Wirtschaftsförderung einzubeziehen, Fraueninteressen zu einem gleichberechtigten Faktor zu machen? Unser entsprechender Antrag wurde auch dieses Jahr in den Ausschüssen wieder abgelehnt. Und zur Zeit blättern Sie desinteressiert in Ihren Papieren.

(B)

Darüber hinaus ist weder die Landesregierung noch die SPD-Fraktion bereit, die Regionalstellen "Frauen und Beruf" finanziell auf sichere Beine zu stellen. Es ist unbegreiflich, daß die Landesregierung immer noch daran festhält, daß diese Stellen auf wenige Jahre befristet sein sollen. Es ist wirklich nicht vorstellbar, daß die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Ruhrgebiet, die mindestens so alt ist wie die Bundesrepublik, nach drei, vier Jahren Beratungstätigkeit einiger personell und materiell schlecht ausgestatteten Beratungsstellen erledigt sein soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Landesregierung selbst der Beratung durch diese Fachfrauen dringend bedarf; denn ihr selbst fällt zur Beseitigung von Frauenbenachteiligung unter Berücksichtigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderung nichts, aber auch gar nichts ein.

(C)

Ich kann Sie nur noch einmal dringend auffordern: Gestalten Sie Ihre Wirtschaftsförderungspolitik gerechter, formulieren Sie klare Ziele und überprüfen Sie vor allem regelmäßig, ob Sie mit den gewählten Mitteln die Ziele auch erreichen! Wenn Sie das nicht tun, werfen Sie viel Geld mit großen Händen zum Fenster hinaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6448 zum Kapitel 08 060 als neuer Titel. Das Stichwort lautet: Abwärmeabgabe und ökologischer Sonderfonds Klimaschutz. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/6408. Ich frage Sie, wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.

(D)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart, im Anschluß an die Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 08 eine besondere Beratung zur

Lage der deutschen Stahlindustrie

durchzuführen. Hierzu liegen bereits Entschließungsanträge vor, die sich zur Zeit noch in Druck befinden und Ihnen danach ausgehändigt werden.

Als erstem Redner erteile ich das Wort Herrn Professor Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD.

(A)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anregung zur Behandlung dieses Punktes ist von uns gekommen in der Hoffnung, wir könnten uns auf eine gemeinsame Entschließung des Landtags zu der dramatischen Situation in der deutschen Stahlindustrie einigen.

Die deutsche Stahlindustrie steht im wahrsten Sinne des Wortes am Rande des Abgrunds - mit Konsequenzen, deren Auswirkungen heute noch keiner abschätzen kann. Die Lage wird dadurch erheblich verschärft, daß die Stahlproduzenten in den anderen Bundesländern durch regionale Subventionen am Leben erhalten werden. Und weil die Stahlindustrie angesichts der weltweiten Entwicklung des Stahlabsatzes ihre Kapazitäten insgesamt zurücknehmen muß, wird das auf Kosten leistungsfähiger Anlagen in unserem Lande gehen.

Diese Subventionen können nur durchgeführt werden, wenn sie von der EG-Kommission in Brüssel genehmigt werden. Der erste Versuch, die Genehmigung zu erreichen, ist am 18. November dieses Jahres gescheitert und auf den 17. Dezember vertagt worden. Am 17. Dezember fällt also für die Stahlindustrie unseres Landes die lebenswichtige Entscheidung, ob diese Subventionen genehmigt werden.

(B)

Es handelt sich im einzelnen um die Produktionsanlagen in Niedersachsen - die Georgsmarienhütte - und in Bremen - die Klöckner-Hütte an der Küste -, um die Saarstahl AG im Saarland und um EKO in Eisenhüttenstadt. Das ist deswegen für uns als Sozialdemokraten besonders schmerzlich und besonders kritisch, weil alle diese Anlagen in sozialdemokratisch regierten Ländern liegen. Trotzdem sind wir der Meinung, daß wir es unseren Stahlarbeitern und der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr schuldig sind, hier Farbe zu bekennen

(Beifall bei der SPD)

- und in letzter Minute zu verhindern, daß dieser Subventionswettbewerb, der nichts mit der Leistungsfähigkeit der Anlagen zu tun hat und den Leistungsmaßstab der deutschen Stahlindustrie nicht berücksichtigt, verhindert wird.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

Wir wissen wohl, daß das auch in den anderen Ländern schwierige regionalpolitische Auswirkungen hat. Das gilt besonders für das uns eng verbundene Land Brandenburg. Die Situation in Eisenhüttenstadt ist uns wohlbekannt. Wir wagen auch nur, dieses jetzt geplante Konzept zu behindern, weil wir wissen, daß es ein zweites Konzept gibt - ausgearbeitet von Thyssen und von der Preußag -, das unter dem Strich mehr Arbeitsplätze erhält als das Konzept mit einem italienischen Produzenten, das jetzt von der EG-Kommission genehmigt werden soll. Insofern geht der Antrag der GRÜNEN auch völlig ins Leere, weil das andere Konzept, das wir favorisieren und das wir nicht behindern wollen, mehr Arbeitsplätze in Eisenhüttenstadt erhält als das, was von Riva geplant wird.

Es geht jetzt darum - und das war unsere Absicht -, ein letztes verzweifertes Signal, ein gemeinsames Signal des Landtages von Nordrhein-Westfalen an die Brüsseler Kommission zu senden, die am 17. Dezember, also in wenigen Tagen, über diese dort beantragten Subventionen zu entscheiden hat: sie zu genehmigen oder nicht zu genehmigen.

Wir haben uns in verzweiferten Verhandlungen in den letzten Tagen darum bemüht, einen gemeinsamen Standpunkt aller Fraktionen im Landtag zu erreichen. Das ist leider nicht gelungen. Das ist nicht gelungen aus Gründen, die ich überhaupt nicht begreifen kann. Da wird wirklich mit kleinster Münze versucht, taktische und sonstige Finessen hereinzubringen. Wir waren zu jeder Formulierung bereit. Wir haben teilweise Formulierungen von Fraktionen übernommen, die diese Fraktionen selbst wieder fallengelassen haben. Ich sage auch jetzt noch einmal ausdrücklich: Es scheidert in keinem Punkt an Formulierungen, es scheidert in keinem Punkt an Vorwürfen an die Bundesregierung - die sind überhaupt nicht geplant -, sondern es geht einzig und allein um die Bitte oder um die Forderung an die EG-Kommission, diese Subventionen nicht zu genehmigen.

(D)

Seitens der CDU - ich bedauere das besonders, weil sie als größte Oppositionspartei für uns der wichtigste Partner in dieser Frage gewesen wäre - scheidert es - wenn ich es recht erkenne - daran, daß die CDU nun schon Aussagen zur Situation nach dem Tage X machen will. Ich weiß nicht, ob Sie das nicht erkennen können oder nicht erkennen wollen. Jedenfalls

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

handelt es sich bei allem, was wir nicht mittragen können und was Sie als zusätzlichen Antrag wollen, um Streitfragen, die erst auftreten, wenn die EG-Kommission die Subventionen genehmigt und wenn wir dann die schwierigen Konsequenzen hier an Rhein und Ruhr zu bewältigen haben werden.

Es ist natürlich noch sehr streitig, ob es dann eine einheitliche Gesellschaft zwischen Thyssen und Hoesch geben kann, ob es Zinssubventionen geben soll oder eine Stahlstiftung, um die Arbeitnehmer aufzufangen. Das sind ja die Figuren, die durch die Presse geistern und in der Presse schon gehandelt werden. Darüber werden wir uns dann noch viel streiten müssen. Aber es ist nicht zu verantworten, damit jetzt unsere gemeinsame Aktion gegen Brüssel zu behindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen spreche ich hier sozusagen in letzter Minute die Bitte an Sie alle aus, sich dem anzuschließen. Von mir aus könnte das in zwei Sätzen geschehen, die etwa lauten könnten: Wenn angesichts der weltweiten Entwicklungen Reduzierungen der Stahlkapazitäten nötig sind, dann müssen sich diese an der Leistungsfähigkeit der betroffenen Anlagen orientieren. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen darf nicht durch Subventionen verzerrt werden. Deshalb fordert der Landtag von Nordrhein-Westfalen die EG-Kommission auf, keine Zustimmung zu weiteren Ausnahmen vom Subventionsverbot des Artikel 4 c des EGKS-Vertrages zu erteilen. Nur darum geht es. Und ich kann nur sagen: Wer sich dem hier heute nicht anschließt, der versündigt und vergeht sich an den Interessen unserer Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich werde Sie verantwortlich machen für die Folgen, die entstehen, wenn wir nicht alles tun, um diese fehlsame Entscheidung der Kommission in letzter Minute in Brüssel zu verhindern.

Und ich kann Ihnen nur sagen: Nach allem, was ich höre - auch aus meinen Gesprächen mit den Vertretern der Stahlindustrie, sowohl von der Arbeitgeber- als auch von der Arbeitnehmerseite -, sind die Folgen, die eintreten, wenn diese Subventionen statt-

finden und die entsprechenden Anlagen bei uns geschlossen werden müssen, heute schon konkret zu bezeichnen. Es ist schon abzusehen, welche Anlagen in welchen Städten davon betroffen sind. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Beteiligten der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr - sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite - sind sich darüber einig, daß nach dem, was wir heute wissen, die Folgen nicht beherrschbar sind. Das ist mit Sozialplänen und mit unseren bisherigen sozialen Auffangmustern nicht mehr zu schaffen. Das wird hinauslaufen auf Entlassungen in den Arbeitsmarkt.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Wenn ein Arbeitsmarkt da ist!)

Das ist das, was droht - mit all den Konsequenzen, die damit zusammenhängen.

Ich fordere Sie noch einmal auf, zusammen mit uns ein gemeinsames Signal nach Brüssel zu senden. Wir an Rhein und Ruhr sind es unseren Menschen schuldig, darauf aufmerksam zu machen, daß eine schlimme Entwicklung zu befürchten ist und daß wir jedenfalls alles tun, um das zu verhindern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Farthmann hat die Situation in der Stahlindustrie treffend dargestellt. Wir unterstreichen alles, was er gesagt hat.

(Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.]: Alles nicht!)

Die Ausführungen zur Situation in der Stahlindustrie, wie es da zur Zeit aussieht, die unterstreichen wir. Das stimmt, damit hat er recht.

Die Situation ist allerdings vergleichbar der in anderen Industrien. Ich erinnere noch einmal an das, was

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

die CDU hier im letzten halben Jahr immer wieder vorgetragen hat: Wir haben uns mit der gleichen Intensität um die Arbeitnehmer in der Automobilindustrie, in der Textilindustrie, in der Maschinenbauindustrie - in all den Branchen, wo es schwierig ist - zu kümmern wie bei Kohle und Stahl.

Herr Farthmann, Ihr Satz, daß sich derjenige, der den Appell in Richtung Brüssel nicht mit unterschreibt, an den Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie versündigt und vergeht, der stimmt; Sie werden sich wundern. Deshalb unterstreichen wir auch das, was Herr Farthmann hier vorgetragen hat. Und deshalb steht das auch in jeder der uns vorliegenden Resolutionen, sowohl der SPD als auch der CDU als auch der F.D.P. Wir haben aus diesem Grunde und der Deutlichkeit halber unseren Antrag, der Ihnen gleich überreicht wird, auch gegliedert. Sie werden bei den Punkten I, II und III das alles wiederfinden; es ist in den Bereichen, die Herr Farthmann hier genannt hat, wörtlich identisch.

Aber - und darin unterscheiden wir uns, und deshalb sind wir auch nicht zu Potte gekommen - er geht darüber hinaus. Meine Damen und Herren, ich kann nicht seriös von Brüssel etwas fordern, was ich im eigenen Lande nicht gelten lassen will.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich kann nicht nach Brüssel den eindringlichen und völlig richtigen Appell richten, daß am 17. Dezember gegen Subventionen und weitere Subventionierung entschieden werden muß, wenn ich nicht mit gleicher Intensität gerade die SPD-regierten Länder - Herr Farthmann hat sie genannt - Bremen, Niedersachsen, Brandenburg und Saarland gleichzeitig auffordere,

(Beifall bei der CDU und Zustimmung des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.]

von Subventionen abzulassen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Dagegen haben wir nichts! Das steht in unserem Antrag!)

- Herr Farthmann, dann lassen Sie uns das doch gemeinsam machen. Unterschreiben Sie dann doch die

(C)

entsprechenden Passagen, die wir mit unserem Antrag vorgelegt haben.

Wir appellieren ebenfalls an diese Länder, es sein zu lassen, und fordern den Ministerpräsidenten auf, sofort tätig zu werden und gegebenenfalls einen neuen Bund-Länder-Finanzausgleich auszuhandeln, wenn mit unserem Geld in diesen SPD-regierten Ländern Kapazitäten aufgebaut oder weniger wettbewerbsfähige Strukturen als hier in Nordrhein-Westfalen erhalten werden. Das ist eine Sünde gegen den Bund-Länder-Finanzausgleich.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.] - Zuruf von der CDU: Wo ist denn der Ministerpräsident?)

Das Konzept, das Thyssen und Preussag entwickelt haben und von dem auch Herr Farthmann hier gesprochen hat, unterstützen wir voll und ganz. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß es die bessere Konzeption für Eisenhüttenstadt wäre.

Aber unter welchem Druck steht denn der Bundeskanzler, der dauernd von Frau Hildebrandt, von Herrn Stolpe, von der CDU in Brandenburg, von der SPD in Brandenburg, von allen Parteien in Brandenburg aufgefordert wird, doch endlich dieses zu unterstützen, damit EKO so konzipiert wird, wie es mit Beihilfen jetzt geregelt worden soll. Das ist doch die tatsächliche Situation. Deshalb müssen wir so ehrlich sein, dies hier zu benennen.

(D)

Aus diesem Grunde wenden wir uns in unserem Antrag auch gegen die Subventionitis in diesen Ländern.

Wir wenden uns ebenfalls dagegen - und sagen das deutlich -, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen Signale an die Stahlindustrie senden, wie sie in den letzten Wochen aus Gesprächen der Landesregierung überkommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir schreiben auch in den Antrag hinein: Wir sind gegen Zinsbeihilfen, gegen dieses Signal; wir sind

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

gegen die Überlegungen in bezug auf eine Stahlstiftung, mit der für diesen Bereich etwas besonderes signalisiert wird. Wie wollen Sie vor Arbeitnehmer anderer Branchen hintreten, wenn Sie sich mit Vorliebe nur um den Montanbereich kümmern?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Natürlich fühlen wir mit den Arbeitnehmern bei EKO; wir fühlen mit den Arbeitnehmern in Duisburg, in Dortmund, überall. Aber es ist nicht seriös, gegen Subventionen bei anderen zu klagen und dasselbe Signal nicht an die eigene Adresse oder die verwandten Adressen in anderen Ländern zu senden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Auffassung, daß wir hier auch nicht über eine Stahl AG philosophieren sollten. Auch das ist nicht der richtige Weg.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Was ist denn der richtige Weg? Man muß sich doch Gedanken machen, was man tun kann!)

- Es ist nicht richtig, die Sozialisierung von Verlusten vorzunehmen. Insofern unterstütze ich Herrn Farthmann voll: Klären Sie doch einmal in den eigenen Reihen Ihre Position! Ich höre Signale von Stahl AG,

(B)

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Wir machen uns wenigstens Gedanken darüber. Sie machen sich keine und lassen es einfach laufen!)

ich höre Signale für Zinsbeihilfen und gegen Zinsbeihilfen, ich höre Signale in Richtung der Übernahme von Arbeitnehmern in Beschäftigungsgesellschaften. Wollen Sie das überall machen? Klären Sie doch diese Position einmal intern ab! Wenn ich lese, daß Herr Einert schon seinen Rücktritt für den Fall ankündigt, daß subventioniert wird, kann ich nur sagen: Ich unterstütze ihn in dieser Drohung!

(Heiterkeit)

Natürlich ist es gut, wenn er den marktwirtschaftlich richtigen Weg einschlägt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bedauere, daß der Ministerpräsident nicht da ist; ich bedauere, daß der Finanzminister nicht da ist.

(C)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Der sitzt im Vermittlungsausschuß!)

- Ich beklage es doch gar nicht; Sie haben alle eine Entschuldigung.

(Zuruf von der SPD: Warum tun Sie es denn dann?)

- Ich bedauere, daß sie nicht da sind, weil ich sehr gerne das Wort des Ministerpräsidenten in dieser Phase gehört hätte. Natürlich muß sich dieser Versöhner dann gegen andere Länder wenden. Und offensichtlich fällt ihm das relativ schwer, vor allen Dingen in dieser Phase, in der er sich befindet. Aber es geht um nordrhein-westfälische Interessen. Und die hat er jetzt wahrzunehmen!

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Er hat doch klare Aussagen gemacht!)

Wenn ich die Signale des Finanzministers richtig verstehe, dann liegt er völlig richtig. Bei dieser schwierigen Lage bleibt keiner ungeschoren - das haben wir in anderen Branchen jetzt auch schon erlebt -: die Unternehmen nicht, die ihre Konzepte vorlegen müssen - das ist der erste Punkt; das fordern wir übrigens schon immer. Ich höre, daß die SPD dies jetzt - jedenfalls bestimmte Vertreter der SPD - auch fordern. Das war immer unsere Forderung. Sie haben immer gesagt: Nationale Stahlrunde - als wenn die irgend etwas lösen sollte! Die Unternehmen müssen erst ihre Konzepte vorlegen; das ist der richtige Weg!

(D)

Der zweite Punkt ist: Die Banken, die Aktionäre werden mittragen müssen.

Und die Arbeitnehmer werden sicherlich auch noch ihren Beitrag leisten müssen. Und dann erst sind staatliche Kassen gefragt.

Ich könnte mir vorstellen, daß der Finanzminister dieses Landes genau die gleiche Reihenfolge hat. Ich

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

nehme an, der Wirtschaftsminister auch. Warum sagen wir das nicht deutlich?

Wir fordern deshalb die SPD auf, sich unseren Antrag sehr genau durchzulesen, mit uns das Signal nach Brüssel zu senden, mit uns aber auch die Aufforderung an die anderen Länder und an die eigene Landesregierung zu richten, so wie wir es in unseren Antrag hineingeschrieben haben. Das ist die ganze Wahrheit, nicht die verkürzte Wahrheit, die Sie vielleicht aus irgendwelchen opportunistischen oder populistischen Gründen aussprechen wollen. Wir fordern Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Tschöeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschöeltsch (F.D.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Professor Farthmann, ich stimme Ihnen zu, daß wir eine Stahlkrise haben, daß wir in einer ganz schwierigen Situation sind. Ich muß Ihnen aber sagen, daß das Krisenmanagement Ihrer Fraktion und das Krisenmanagement der Landesregierung nicht funktioniert haben.

(B)

Schon der Einstieg war schlecht. Die SPD kommt auf CDU, F.D.P. und GRÜNE mit dem Entwurf eines Entschließungsantrags zu nach dem Motto: Laßt uns mal gemeinsam überlegen. Wir können die Positionen noch verändern. Wir sind offen, um eine gemeinsame Position hier im nordrhein-westfälischen Landtag zu finden.

Dann fangen wir an, uns mit dem, was Sie aufgeschrieben haben, gedanklich auseinanderzusetzen, das Terrain abzustecken. Nach einer Woche hören wir durch Zufall - anschließend hat es uns der Wirtschaftsminister auch noch schriftlich gegeben -, daß Sie als Fraktion nichts anderes getan haben, als einen Brief des Wirtschaftsministers Einert vom 30. November an Bundeswirtschaftsminister Rexrodt abzuschreiben und uns als Entschließungsformulierung auf den Tisch zu legen. Dazu muß ich Ihnen ganz deutlich sagen: In einer solchen Krisensituation ist

eine Vorgehensweise wie diese töricht. Das kann man nicht akzeptieren.

(C)

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Wir hätten uns über diesen Formfehler hinweggesetzt. Aber jetzt komme ich zur Sache. In Ihrem Antrag und in dem Brief, den der Wirtschaftsminister an den Bundeswirtschaftsminister schreibt, steht: keine Subventionen, und zwar ohne Wenn und Aber, glasklar "keine Subventionen".

Da haben wir uns als erstes gesagt: Das ist eine ganz neue Erkenntnis bei der SPD. Zu dieser Position hätte sie eigentlich schon früher kommen müssen: keine Subventionen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: So ein Unsinn! Das haben wir doch immer betont!)

- Das haben Sie immer betont?

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Wir sind immer gegen die Subventionen gewesen!)

- Wissen Sie, das ist die erste Unehrlichkeit. Sie sagen: keine Subventionen. Aber Sie unterscheiden zwischen guten Subventionen und bösen Subventionen,

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

genauso wie Sie das bei den Dioxinen getan haben. Da war Ihr Minister Matthiesen der Wortführer, und bei ihm gab es auch gute und böse Dioxine. Die bösen waren die aus den Müllverbrennungsanlagen, und die guten waren die aus der Sinteranlage.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Genau dieses Verfahren praktizieren Sie jetzt wieder, indem Sie sagen: Es gibt gute Subventionen, das sind die für die Kohle, und es gibt schlechte Subventionen, das sind die für den Stahl. - Glauben Sie denn im Ernst, daß Sie mit dieser Position erfolgreich sein werden?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(T schoeltsch [F.D.P.]

(A)

Mitnichten, meine Damen und Herren!

Wer weiß, wie schwierig diese Stahlkrise im Augenblick ist, kann doch nicht so töricht vorgehen, wie es die Landesregierung hier tut, indem der Wirtschaftsminister einen Brief an den Bundeswirtschaftsminister schreibt und darin als Ankläger Formulierungen findet, die die Bundesregierung auf die Anklagebank setzen. Meinen Sie, Herr Minister Einert, daß es in dieser schwierigen Situation der richtige Weg ist, einen Brief zu schreiben?

Achim Rohde und ich haben einen anderen Weg versucht. Wir haben ein langes Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt geführt, haben ihn auf die Probleme hingewiesen - er kennt sie ja; er führt ja die Gespräche - und haben gefragt: Wie sieht die Situation denn aus, gibt es Wege aus dieser Krise?

Sie haben einen Brief geschrieben. Sie hätten besser mit dem Bundeswirtschaftsminister ernsthaft gesprochen, um eine gemeinsame Position zu finden.

(Zuruf des Ministers Einert)

- Ja, da hätten Sie doch nicht einen solchen Brief schreiben sollen. Der ist doch nun einmal in der Welt und veröffentlicht.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Ministers Einert)

- Die Position haben Sie heute immer noch? Das ist bedauerlich für dieses Land.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jetzt merkt die SPD, was da auf sie zukommt. Was ist denn schon passiert, meine Damen und Herren! Die Italiener, die Überkapazitäten im Stahlbereich haben, die wir gemeinsam zurückführen wollen, gehen in Brüssel ganz locker her und sagen: Kohlesubventionen gibt es nur, wenn es auch Stahlsubventionen gibt.

Ihre Position ist: Es gibt für keine Bereiche Subventionen. Aber das meinen Sie ja gar nicht, Herr Wirtschaftsminister Einert und Herr Fraktionsvorsitzender Farthmann, das ist ja gar nicht Ihre Position, Sie tun

ja nur so; denn wenn wir Sie auf die Kohlesubventionen ansprechen, sagen Sie: Nein, die haben wir nicht gemeint. Das sind ja die guten Subventionen. Wir meinen nur die bösen Subventionen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nein, meine Damen und Herren, so geht das nicht!

Sie versuchen einen Schuldigen zu finden. Sie suchen einen Schuldigen, wenn sich in den nächsten Wochen die Krise hier in Nordrhein-Westfalen zuspitzt. Dann werden Sie sagen: Die Krise ist deshalb so schlimm, weil Subventionen für EKO genehmigt wurden.

Denken Sie doch einmal über die Zeitschiene nach. Wir haben in den nächsten Wochen die Stahlkrise bei uns, und Sie begründen das mit einer Subvention für EKO, die vielleicht 1994, 1995 oder 1996 umgesetzt wird. Ihnen glaubt doch kein Mensch, daß das die Ursache sein kann. Sie sollten sich auch einmal mit dem Volumen von 0,9 Millionen Jahrestonnen befassen. Das ist unangenehm, das ist ein Problem; darauf will ich gleich eingehen.

Wir haben zu einem Punkt eine gemeinsame Position von SPD, CDU und F.D.P., nämlich daß wir - auch wir! - die Subventionen für EKO kritisch sehen. Das ist natürlich eine andere Situation im Vergleich zu allen anderen Branchen.

(D)

Die Bundesregierung hat sich dafür ausgesprochen, industrielle Kerne im Osten mit Subventionen zu erhalten. Weil das immer einen Kapazitätsabbau bei uns bedeutet, geht damit auch ein Arbeitsplatzabbau bei uns einher. Meine Damen und Herren, das wissen wir. Aber wir sagen: Das müssen wir eben für das Zusammenwachsen in der Bundesrepublik Deutschland leisten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist zwar unangenehm; aber wir müssen es machen. Wir gewähren Subventionen, während unsere Betriebe hier im Westen entsprechende Kapazitäten zurückfahren müssen.

Beim Stahl gibt es insofern wirklich eine Sonderposition - deswegen kritisieren wir das auch -, weil wir

(A) (Tschöeltsch [F.D.P.]

Subventionen für den Aufbau von EKO-Stahl und anschließend noch Subventionen - das gibt es nur im Stahlbereich - für den Abbau von Arbeitsplätzen bei uns geben.

Diese doppelte Subventionierung sehen wir wie Sie kritisch. Da haben wir eine gleiche Position. Da muß Nordrhein-Westfalen deutlich machen - Herr Kollege Linssen hat das bereits getan -, daß wir das kritisch sehen. Da gibt es auch Übereinstimmung mit der SPD.

(Zustimmung des Abgeordneten Hegemann [CDU])

Meine Damen und Herren, eins müssen wir machen, was entscheidend ist: Wir müssen ehrlich das Signal in Richtung Brüssel geben, auf der einen Seite mit den Subventionen im Stahlbereich generell herunterzugehen, und auf der anderen Seite müssen wir die Länder in die Pflicht nehmen, bei uns nicht zu subventionieren. Deswegen war die Idee, die von der CDU kam, mit den Zusätzen konkret zu sagen, was es auf Ländersseite und speziell für Nordrhein-Westfalen bedeutet, wenn die SPD erklärt, sie wolle keine Subventionen. Es müßte konkret gesagt werden, welche Subventionen wir nicht wollen.

(B) Wirklich interessant ist, meine Damen und Herren, daß diese SPD und diese Landesregierung, die durchs Land läuft und sich gegen Subventionen ausspricht, plötzlich still sind; sie können diesen konkreten Tatbeständen nicht zustimmen, sondern sagen: Nein, das können wir nicht machen! Im eigenen Land ist das nicht unsere Position!

Meine Damen und Herren, wenn Sie versuchen, mit einer solchen Position in Brüssel Land zu gewinnen, ist das schon von vornherein zum Scheitern verurteilt. Jetzt wollen Sie das ganze auf nur zwei Sätze reduzieren. Sie können von uns nicht verlangen, daß wir gewissermaßen alles unter den Teppich kehren und nur die heile Welt vorführen. Das hält genau 24 Stunden. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

Ich bedaure, daß wir diese Diskussion in dieser zeitlichen Hektik führen müssen. Es wäre vielleicht für

(C) alle ratsamer gewesen, das Thema in einer ausführlichen Debatte zu behandeln. Aber daß das nicht möglich ist, haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Vorbemerkungen kann ich mir nicht verkneifen: Herr Linssen, warum Sie einen Rücktritt von Herrn Einert plötzlich als Drohung empfinden, nachdem Sie gerade begründet haben, warum er eigentlich gehen müßte, habe ich nicht ganz verstanden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr gut!)

(D) Die SPD-Fraktion befindet sich in dem beklagenswerten Zustand, daß sie noch nicht einmal mehr in der Lage ist, eigenständig einen Stahlantrag zu formulieren, sondern dazu auf einen Brief unseres Wirtschaftsministers zurückgreifen muß. Das ist mehr als nur eine Peinlichkeit in der Form. Das zeigt die inhaltliche Schwäche der SPD-Fraktion und ihre Orientierungslosigkeit. Das ist ein Problem. Diese Vorgehensweise ist dem Ernst der Sache sicher nicht angemessen. Wir sollten uns davon vielleicht auch nicht weiter ablenken lassen.

Ich will Ihnen einmal ein Zitat aus einer konservativen Zeitung vorhalten: "Die Menschen in Eisenhüttenstadt wittern Verrat!" - So wurde der Vorstoß von Wirtschaftsminister Einert kommentiert, die Modernisierung des EKO-Stahlwerkes zu verhindern: Die Menschen in Eisenhüttenstadt wittern Verrat!

Ich glaube, sie haben allen Grund dazu. Schließlich sind ja die westdeutschen Stahlkonzerne mit ihrem Versuch gescheitert, das EKO-Werk aufzukaufen und dann die wichtigen Teile plattzumachen, es auf ihren Bedarf zurechtzustutzen.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A)

Angesichts des fast vollständigen Zusammenbruchs der industriellen Strukturen in Ostdeutschland sind wir, glaube ich, alle gut beraten, nicht Ungleiches gleich zu werten. Es geht in Eisenhüttenstadt um eine Maßnahme zum Erhalt eines industriellen Kerns in einer schwer gebeutelten Region. Wir wollen die Industrie in Ostdeutschland nicht als "verlängerte Werkbänke des Westens" begreifen. Eisenhüttenstadt war schließlich ein Stahlkombinat. Es hat eine neue Chance verdient.

Herr Farthmann, Ihre Bemerkung von vorhin geht dabei völlig ins Leere. Es geht darum, eben nicht verlängerte Werkbänke für den Bedarf des Westens zu schaffen, sondern eigenständige, in sich integrierte Werke, die Chancen für eine Weiterentwicklung in dieser Region schaffen.

Ich glaube, wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, die europäische Stahlindustrie lasse sich nach marktwirtschaftlichen Regeln sinnvoll organisieren. Eine blind auf die Kräfte des Marktes vertrauende radikale Crash-Politik ist strukturell ungeeignet, eine dauerhafte Lösung mit vertretbaren gesellschaftlichen Kosten zu erreichen.

(B)

Demgegenüber ist das EGKS-Instrumentarium bei allen Schwierigkeiten im Detail grundsätzlich in der Lage, zumindest eine kurzfristige Stabilisierung des Stahlmarktes und damit die Voraussetzungen für einen kontrollierten Strukturwandel in der Stahlindustrie herbeizuführen.

Wir müssen die anderen Anträge schon deswegen ablehnen, weil genau zu diesem Aspekt überhaupt nichts gesagt wird. Hier geht es nämlich nur um Subventionen, aber überhaupt nicht um die Möglichkeiten, die die EG ansonsten hat, diesen Bereich, der eigentlich gar nicht marktwirtschaftlich organisiert ist, zu stabilisieren.

Das Gegeneinanderausspielen einzelner Stahlbelegschaften und Stahlstandorte läßt sich nur so verhindern. Der Vorstoß der SPD hat genau das Gegeneinanderausspielen einzelner Stahlbelegschaften und Stahlstandorte bewirkt, getreu dem Motto: EKO-Stahl ist schuld, daß es uns in Dortmund so schlecht geht!

(C)

Herr Tschöeltsch hat dankenswerterweise gerade darauf hingewiesen: Die aktuelle Stahlkrise kann mit EKO-Stahl nicht im entferntesten erklärt werden. Es ist völlig absurd, EKO-Stahl hier zum Sündenbock zu stempeln. Trotzdem wird das in der Diskussion gerne so gemacht.

Schon vor einiger Zeit haben wir anlässlich der Einrichtung des Untersuchungsausschusses darauf hingewiesen, daß es zumindest wichtige Hinweise darauf gibt, daß hier nicht Rheinhausen oder Dortmund von seiten Krupp-Hoesch in die Alternative gestellt wurde, sondern daß es um Rheinhausen und Dortmund ging. Das kann man sehen, wenn man mit den Betriebsräten in Dortmund redet. In Dortmund wird ja nicht mehr modernisiert. Die Unternehmensstrategie spricht also dafür, daß die Entscheidung über die Stilllegung in Dortmund längst gefallen ist. Das ist doch das Problem. EKO-Stahl ist da nur der billige Vorwand, um hier abzulenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN sind der Meinung: Nicht ein erneuter Subventionswettlauf, sondern nur eine gerechte Verteilung der Anpassungslasten an die verringerte Stahlproduktion und Stahlnachfrage innerhalb der Europäischen Gemeinschaft kann zum Erfolg führen. Vor diesem Hintergrund läßt sich die Subvention für den Aufbau Ost in Eisenhüttenstadt überhaupt nicht als Rechtfertigung für erneute Subventionen für westdeutsche Stahlkonzerne mißbrauchen.

(D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir wollen die auch nicht!)

Eine staatlich subventionierte Stahlstiftung dient übrigens mehr noch als die Gründung einer Ruhrstahl AG nur einem einzigen Zweck, nämlich die Stahlobergesellschaften aus der Verantwortung für ihre Stahlstöchter zu entlassen, mit denen sie heute noch über Gewinnabführungsverträge verbunden sind. Da möchte ich doch einmal einige Zahlen in die Debatte bringen, die wirklich interessant sind. Bevor Thyssen im Jahre 1993 eine Milliarde DM Verlust erwirtschaftete, hat Thyssen in den sechs Jahren zuvor drei Milliarden DM Gewinne erzielt. Bei Krupp-Hoesch ist es ähnlich: 1993: 800 Millionen DM Verlust, 1,9 Milliarden DM Gewinne in den Jahren zuvor.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Die Ankündigung von Cromme, den Gewinnabführungsvertrag jetzt kündigen zu wollen, ist geradezu ein Hohn. Erst hat man jahrelang Gewinne erzielt, hat diese von seiten der Obergesellschaft einkassiert, hat dann mit der feindlichen Übernahme von Hoesch durch Krupp beide Unternehmen erst richtig in die Konkurszone gebracht, weil - wie wir wissen - die Übernahme kreditfinanziert werden mußte, hat jetzt riesige Schulden und riesige Zinslasten aufgetürmt, die jährlich beglichen werden müssen, und jetzt sagt man: Dann kündigen wir den Gewinnabführungsvertrag. Das ist wirklich zynisch gegenüber den Stahlarbeitern, deren Arbeitsplätze hier leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurden.

Wir fordern die nordrhein-westfälischen Stahlkonzerne auf, konzerninterne Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften zu gründen, die dann zur Beschleunigung der Umstrukturierung der Stahlunternehmen um Interesse der Arbeitsplatzsicherung dienen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Da muß ich sagen: Die Signale aus den Gesprächen, die der Ministerpräsident und andere mit den NRW-Stahlunternehmen geführt haben, gehen genau in die Gegenrichtung. Hier wird nämlich die Möglichkeit, staatliche Subventionen - und das heißt: NRW-Subventionen - an die Stahlunternehmen zu geben, in die Debatte gebracht. Herr Farthmann, wenn Sie formulieren, die Überlebensfähigkeit solle sich an der Leistungsfähigkeit der Anlagen orientieren, dann heißt das doch nach Ihrem Verständnis, Herr Farthmann - - Herr Farthmann, wenn Sie einmal einen Moment zuhören würden!

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD] unterhält sich mit dem Abgeordneten Stüber [SPD].)

Herr Farthmann! - Herr Farthmann, darf ich Sie einen kleinen Moment um Aufmerksamkeit bitten?

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD] unterhält sich weiterhin mit den Abgeordneten Stüber [SPD].)

- Nein. Herr Farthmann debattiert also nicht mehr mit, stelle ich fest.

(C) Die Forderung, die Überlebensfähigkeit an der Leistungsfähigkeit der Anlagen zu orientieren, bedeutet doch nach dem Verständnis von Herrn Farthmann, wenn ich ihn vorhin richtig verstanden habe, daß nur die NRW-Anlagen überleben sollen. Es wäre natürlich die einfachste Lösung, wenn wir uns darauf beschränken könnten, das Überleben der nordrhein-westfälischen Anlagen zu fordern - und alle anderen Anlagen machen dicht. Diese Position ist wirklich absurd und nicht durchhaltbar. Es geht vielmehr darum, die Anpassungslasten gleichmäßig zu verteilen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir wissen, daß andere europäische Länder, Herr Farthmann, größere Anpassungsleistungen, was den Arbeitsplatzabbau angeht, erbracht haben als die deutsche oder nordrhein-westfälische Stahlindustrie.

Ich muß schon sagen: Die Subventionen, die die anderen Länder für ihre Stahlindustrie fordern, begründen sie doch gar nicht mit EKO-Stahl, sondern mit den Kohlesubventionen. Damit haben sie natürlich auch recht. Man kann sich doch rein logisch-sachlich dem Argument gar nicht verschließen: Wenn wir in Nordrhein-Westfalen mit größter Selbstverständlichkeit Subventionen für die Anpassung des Bergbaues an die Erfordernisse fordern, kann man das anderen Ländern, in denen die regionalen Konflikte genauso scharf sind wie hier, in toto verweigern. Da ist doch das ordnungspolitische Argument völlig unglaubwürdig geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Wir haben in unserem Antrag noch einmal en détail dargelegt, wie wir uns das vorstellen. Wir brauchen konzerninternere Beschäftigungsgesellschaften, die den Übergang in neue Produktionsfelder zustande bringen. Wir brauchen keine Subventionen an die nordrhein-westfälische Stahlindustrie. Ich denke, in diesem Sinne muß in Brüssel verhandelt werden. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Einert.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Ich glaube, Herr Kollege Linssen und andere, Sie sind unfair. Der Ministerpräsident ist hier nicht anwesend, weil er krank ist,

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das habe ich auch nicht moniert!)

und der Finanzminister ist heute im Vermittlungsausschuß. Er ist der Vertreter Nordrhein-Westfalens, und er bemüht sich, die Kuh vom Eis zu bekommen, was die Pflegeversicherung angeht. Das muß einmal deutlich gesagt werden. So kann man nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt aber zur Sache! Meine Damen und Herren, es werden seit längerer Zeit Gespräche geführt, die Probleme sind ja nicht neu, sind ja nicht über Nacht entstanden, sondern sie haben einen langen Vorlauf. Herr Kollege Tschoeltsch, da will ich Ihnen gleich einmal etwas zu dem Brief sagen. Natürlich habe ich mit dem Kollegen Rexrodt intensive Gespräche - unter vier Augen und unter sechs, acht Augen - über die Frage geführt: Gibt es eine Chance, einen Kompromiß, einen Konsens in dieser Frage zu finden? Ich habe darauf nicht in der Öffentlichkeit abgehoben, weil das von vornherein das Scheitern der Gespräche bedeutet hätte.

Das Schlußergebnis dieser Gespräche war: Die Bundesregierung, er selbst und der Bundeskanzler in Person haben sich jenseits aller sonstigen Dinge aus politischen Gründen für diese Lösung bei EKO entschieden und sind nicht mehr bereit, davon abzuweichen.

Da ist doch der Punkt erreicht, an dem es nicht mehr lohnt, über wirtschaftliche Alternativen zu diskutieren, und deshalb sah ich mich nun - ich gebe zu, auch zu meinem Bedauern - veranlaßt, einen so knochen-

(C)

trockenen Brief zu formulieren und auch abzuschicken. Aber irgendwo muß man einmal in der Öffentlichkeit seine eigenen Patente auf den Tisch legen, um nicht dann - ich füge das auch hinzu -

(Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

hier im Landtag die Landesregierung kritisieren zu lassen, daß sie in der Frage der Subventionen in anderen Ländern in der Bundesrepublik schweigt, das hinnimmt und sich immer nur gegen Subventionen in Spanien, Italien und wo auch immer wendet.

Das war ich dann auch leid, und deshalb habe ich ganz deutlich gesagt, ohne Wenn und Aber und ohne Schnörkel drum und dran, was ich von dieser politischen Situation halte. Natürlich gibt es auch unterschiedliche Interessen. Die haben wir in der Vergangenheit gehabt, und die werden wir auch in Zukunft haben, meine Damen und Herren. Die Frage ist nur: Wofür haben wir denn dann wohl auch eine gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes? Wo haben wir denn dann auch die Zuständigkeit eines Bundeswirtschaftsministers?

(Zustimmung bei der SPD)

Kann er sich denn damit entschuldigen, daß er sagt, Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt, das müssen die Unternehmen regeln, wir haben uns aus politischen Gründen für diese Lösung bei EKO entschieden, und ansonsten mögen die Unternehmen das selber machen, und wir gehen mit unserem Modell - Hauptsache EKO, und alles andere interessiert uns nicht, so war die fast wörtliche Formulierung - nach Brüssel, und dann warten wir einmal ab, was die anderen entscheiden.

(D)

(Zurufe von der SPD: Pfui!)

Meine Damen und Herren, so geht es nicht,

(Beifall des Abgeordneten Mernizka [SPD])

auch nicht in einem Ordnungssystem von Marktwirtschaft, sondern da muß man schon gesamtstaatliche Verantwortung einklagen. Wenn man die wahrnimmt, dann sage ich allerdings auch, es geht natürlich nicht

(Minister Einert)

(A) an, nur zu beklagen, wenn dann einmal Entscheidungen gegen die eigenen Interessen gefällt werden. Das wird es im Sinne einer Konsensbildung immer geben. Sich aber sozusagen vor einer Entscheidung vorweg zu drücken und dann, wenn es eine öffentliche Diskussion darüber gibt, zu sagen, nein, damit haben wir nichts zu tun - das beklage ich, und das werde ich auch in Zukunft beklagen.

(Beifall des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Entweder wir sind ein Gesamtstaat, ein föderales System, in dem nach unserer Verfassung eine Zuständigkeit der sektoralen Wirtschaftspolitik eindeutig in der Verantwortung des Bundes gibt, und wenn sie nicht wahrgenommen wird oder wenn man Gefahr laufen muß, daß hingenommen wird, daß einige sozusagen vom Schlitten gestoßen werden, dann werde ich das in der Öffentlichkeit monieren, in aller Deutlichkeit und Eindeutigkeit.

(B) Ich muß mich schon wundern - ich wiederhole den Satz aus meinem Brief -, ich muß mich schon sehr wundern, daß es akzeptiert wird, daß es in unserem marktwirtschaftlich orientierten Ordnungssystem als zulässig und fast schon als richtig erachtet wird, wenn mit den Instrumenten von Vergleich, von Konkurs und von Staatsknete die wenigen noch übriggebliebenen privatwirtschaftlichen Unternehmen kaputtgemacht werden. Wenn das Marktwirtschaft ist, wenn das Liberalismus ist, dann frage ich einmal die ehrenwerten Liberalen hier in diesem Hause: Schreiben Sie das dann so auf Ihre Fahnen? Ist das Ihre Grundposition?

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Völlig am Thema vorbei!)

- Das ist Quatsch! Das ist nicht am Thema vorbei; das ist genau die Beschreibung des Zustandes, wie wir ihn gegenwärtig haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht irgendeine theoretische Diskussion, es ist die gegenwärtige Situation. Dann hören Sie sich doch einmal in der Branche um, wie der Vorstandsvorsitzende von Georgsmarienhütte im Augenblick durch die Gegend läuft und Stahlpreise unterbietet, um

(C) nämlich nach dem Klöcknerverfahren, zu dem wir ja auch unseren Beitrag geleistet haben - und zwar unmittelbar, indem wir auch überredet worden sind, sage ich mal sehr zurückhaltend -, auf keinen Fall den gewünschten Vergleich von Klöckner mit einem Anschlußkonkurs kaputtzumachen. Da haben wir ja auch auf Geld verzichtet, auch auf Geld des Steuerzahlers in Nordrhein-Westfalen, weil wir geglaubt haben, man müsse irgendwo noch ein Ordnungssystem hinbekommen, in dem eben nicht nur mit Konkurs gearbeitet wird.

Dann ist Georgsmarienhütte aus Klöckner ausgegliedert worden, sozusagen fast mit Schuldenstand null. Das ist die erste Basis.

Die zweite Basis war, daß natürlich die Landesregierung Niedersachsen mit mehr oder weniger gezinkten Karten - das sage ich in aller Brutalität - unter der Überschrift "Forschungsmittel" und "Grundstückspreise" eine direkte Unternehmenssubvention gewährt hat. Daß ich gegen diesen Tatbestand der künstlichen Reduzierung von Schulden und damit des Wegfalls der Zinslasten - und auch noch cash in die Tasche aus der Staatskasse - andere Preise machen kann als die beiden Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, das ist doch wohl einleuchtend. Das gleiche passiert mit den gegenwärtigen Angebotspreisen aus dem Bereich Saarstahl. Da wird das gleiche gemacht, nämlich Konkurs gemacht, dafür noch in einem bestimmten Umfang Staatsmittel hinein, und dann wird gesagt: Jetzt können wir wirklich einmal mit knallharten Preisen alles andere unterbieten, und zwar mit Preisen, die marktwirtschaftlich zustande gekommen sind.

Das gleiche passiert im dritten Teilbereich, nämlich mit Staatsknete.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das stimmen wir überein!)

(D) Damit Sie sich im klaren sind: Der dritten Bereich pumpt genauso, nämlich: Mit einer knappen Milliarde DM an Staatsmitteln wird eine zusätzliche Kapazität an einem Standort aufgebaut, der nach meiner Einschätzung künstlich geschaffen worden ist und auf Dauer sowieso nicht wettbewerbsfähig ist.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Einert)

(A)

Wenn Sie sich einmal die Zahlen selbst der Vorlage aus Brüssel betrachten, dann werden Sie feststellen, daß es in der Realität nicht etwa um knapp 900 000 Tonnen zusätzliche Stahlkapazität in Eisenhüttenstadt geht, sondern bereits die Zahlen offen auf dem Tisch liegen: Es geht um zusätzliche Kapazität von 2 Millionen Tonnen bei EKO in Eisenhüttenstadt. Das ist die Realität, die nicht bestritten werden kann.

Ich sage Ihnen - - :

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, darf ich Sie unterbrechen? Der Kollege Meyer möchte gern eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie die erlauben?

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Bitte.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Minister Einert, nachdem ich dem, was Sie gesagt haben, gerade dem letzten zu den Subventionen in den Bundesländern, ja weitgehend zustimme, können Sie mir dann einmal erklären, warum man die Forderungen, die wir hier unter Punkt 3, Spiegelstrich 3 aufstellen, ablehnt, daß die Ministerpräsidenten der Länder hier wirklich dringend zusammenkommen müssen, um gemeinsam zu vereinbaren, daß das nicht stattfindet?

(B)

Wenn das bei uns stattfindet, im eigenen Land, wie wollen wir denn dann glaubwürdig gegenüber Italien und Spanien auftreten und da fordern, daß es keine Subventionen gibt?

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Aber Herr Kollege Meyer, ich habe vorhin gesagt, daß viele Gespräche geführt worden sind, auch mit den anderen Ländern. Die haben gesagt: Es mag ja unter ökonomischen Gesichtspunkten das eine oder andere für ein solches Konzept, wie ihr es vorschlagt, sprechen, aber wir haben nun einmal auch unsere heimischen Interessen. Deshalb wird es keine Verabredung zwischen den Ländern bei streitigen Positionen geben.

(C)

Deshalb sage ich Ihnen: Die Gespräche sind geführt worden, sie sind versucht worden. Sie waren in ein, zwei Fällen vielleicht nicht ganz aussichtslos,

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte, der Abgeordneten Hieronymi und des Abgeordneten Meyer [Hamm] [CDU])

sonst wären sie ja nicht zustande gekommen. Aber Herr Kollege Meyer, jetzt frage ich Sie einmal ernsthaft zurück. Ich stimme Ihnen soweit zu; wir haben es ja auch versucht.

Nur, wenn sich gleichzeitig die offizielle Bundeswirtschaftspolitik völlig absent verhält und sagt, "damit haben wir nichts zu tun", wollen Sie denn dann Föderalismus so definieren: Entweder die Länder einigen sich untereinander, oder es findet keine gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes statt? Vor der Frage kneifen Sie doch.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Genau! - Widerspruch des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Ja, natürlich! - Föderalismus ist doch nicht nur, daß wir den Bund überhaupt nicht mehr brauchen, sondern, entweder wir einigen uns untereinander, oder es gibt überhaupt keine Einigung.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie haben doch den Bund genauso dabei!)

Nachdem der Bund erklärt hat: "Wir hängen uns in der Frage nicht rein, wir haben uns für EKO entschieden, alles andere müssen die Unternehmen entscheiden", nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, daß das die offizielle Erklärung der Bundesregierung in dieser Frage ist.

(Beifall bei der SPD - Die Abgeordneten Dr. Schwericke und Meyer [Hamm] [CDU] melden sich zu Zwischenfragen. - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Da ist noch eine Zwischenfrage!)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Bitte schön!

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Wer denn nun?)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Minister, ich muß noch einmal nachfragen. Es können sich nur die Ministerpräsidenten untereinander einigen, so wie die Städte. Sie bekommen als Minister die Städte doch auch nicht dazu, ruinösen Standortwettbewerb um einzelne Unternehmen einzugehen. Genau dasselbe findet hier auf der Länderebene statt. Da müßte doch der Ministerpräsident Rau mit der ganzen Autorität, die ihm der letzte SPD-Parteitag verliehen hat, seine Kollegen auffordern, daß hier nicht ein Arbeitnehmer in Niedersachsen von Herrn Schröder gegen einen anderen in Nordrhein-Westfalen ausgespielt wird. Das ist doch das ganze Geheimnis, das dahintersteht.

(Beifall bei der CDU)

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Jetzt versuchen Sie doch, auf eine billige Tour abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Natürlich gibt es Interessengegensätze. Das ist doch wirklich das letzte, was Sie hier jetzt bieten, zu sagen: Das Ganze liegt nur daran, daß sich die Ministerpräsidenten nicht verständigt haben - bei offiziell sich widersprechenden Interessen, die wir immer wieder haben. Wir sind entweder ein Gesamtstaat mit gesamtstaatlicher Verantwortung, wo jemand, wenn sich die Betroffenen nicht einigen können - - Wenn sich die Kommunen nicht einigen können, muß irgendwo die gesamtstaatliche Verantwortung des Landes eingefordert werden. Wofür sind wir eigentlich da?

(Beifall bei der SPD)

Genau das gleiche frage ich: Wofür ist dieser Bund denn da, wenn sich nur die Ministerpräsidenten einigen sollen? Auf diese Diskussion lasse ich mich gar nicht mehr ein.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie eine weitere Zwischenfrage zulassen?

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Nein! - Jetzt mache ich noch eine Bemerkung zur Frage von Kohle und Stahl. Ich muß mich schon wundern, mit welcher Unbedarftheit der wirtschaftspolitische Sprecher der Freien Demokraten dieses Problem behandelt.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Haben die einen?)

Haben Sie eigentlich nicht verstanden, was die Grundlagen im EGKS-Vertrag sind? Die unterschiedliche Behandlung und die Argumentationsketten im EGKS-Vertrag sind Bestandteil für 40 Jahre Politik aller Regierungen aller Parteien in Deutschland und in Europa gewesen. Es war immer ein tragendes Element, unterschiedliche Voraussetzungen auch unterschiedlich zu behandeln.

Ich habe an dieser Stelle mehrfach zum Ausdruck gebracht: Natürlich ist die Kohle im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig. Sie bedarf, ähnlich wie die Landwirtschaft, der Hilfe des Staates, wenn sie einen bestimmten Sockelbetrag der energiepolitischen Versorgung im Inland darstellen soll. Das ist bisher immer akzeptiert worden, genau wie im Bereich der Landwirtschaft.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie den Unterschied jetzt künstlich verschleiern, das ist ja geradezu eine geschäftsschädigende Haltung gegenüber den Interessen des Landes.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie so argumentieren, das ist geschäftsschädigend und politisch unbedarft. Die Stahlindustrie ist im Gegensatz zur Kohle wettbewerbsfähig; deshalb dürfen beide nicht in einen Topf geworfen werden.

Es geht darum, daß faire Rahmenbedingungen geschaffen werden, auch noch für privatwirtschaftliche Unternehmen; dafür sollten Sie sich einmal ein bißchen stärker einsetzen. Und wir haben unterschiedli-

(Minister Einert)

(A)

che Voraussetzungen bei beiden, wie in der Vergangenheit. Diese unterschiedliche Behandlung ist bisher in Brüssel immer akzeptiert worden. Es ist nicht so, als wenn es etwas Neues wäre. Wir fordern nichts anderes ein als diese gleiche Behandlung.

Letzte Bemerkung zu der Frage, die hier mehr am Rande eine Rolle spielte: Ich habe den Artikel in der Zeitung nicht veranlaßt, ich habe auch nie das Wort "Rücktritt" in den Mund genommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das glaube ich!)

Was ich erwarte, ist, daß die Beteiligten zunächst einmal ein unternehmenspolitisches industrielles Konzept vorlegen.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Jawohl!)

Die Angabe von Kontonummern und die Nennung von DM-Beträgen ist nicht ausreichend. In diesem Konzept erwarte ich auch, daß neben den Positionen der Unternehmen auch die von Gewerkschaften und Betriebsräten dargestellt und schlüssig mit eingebracht werden.

(B)

Und ich füge hinzu: Ich kann mir bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht vorstellen, daß ein Konzept tragbar ist, das davon ausgehen muß, daß wir im Laufe der letzten zwei Jahre in Nordrhein-Westfalen - die Zahlen habe ich ja selbst immer zusammenstellen lassen und genannt - einen Verlust von rund 220 000 Industrie-Arbeitsplätzen gehabt haben. Der Sektor Stahl war an diesem Verlust von über 200 000 Arbeitsplätzen mit weniger als 10 % beteiligt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Und heute?)

Das ist schlimm genug.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja, aber?)

Aber: Ich fühle mich als Wirtschaftsminister für die Strukturpolitik aller Bereiche verantwortlich. Und ich kann bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht akzeptieren, daß wir für einen Sektor, der an diesem dramatischen Verlust über alle Bereiche mit weniger

als 10 % beteiligt ist, eine Lösung anstreben und versuchen, die eine dramatische, verhängnisvolle Präjudizierung für alle anderen Teilbereiche bedeuten würde.

(Beifall bei der CDU)

Das habe ich auch - in aller Freundschaft und ganz unmißverständlich - nach innen und nach außen so gesagt.

(Abgeordneter Dr. Schwericke [CDU]: Aber innen ist es schwierig!)

- Nach innen und nach außen; da finden Sie bei mir überhaupt keinen Widerspruch. - Da müssen wir alle gemeinsam mit den Unternehmen, gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten aufpassen, daß wir nicht auseinanderdividiert werden. Aber das muß vor dem Hintergrund dieser Situation in Deutschland und Europa eingeordnet werden.

Ich habe nur gesagt, für mich ist diese Frage eines solchen Lösungsansatzes, wie er von einigen bisher gewünscht worden ist, so nicht diskutabel. Wenn wir uns denn mit den eventuellen Konsequenzen einer deutschen Politik und einer europäischen Entscheidung auseinandersetzen müssen, müssen wir dann auch das alles in unsere Kriterien einbeziehen.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Hoffentlich können Sie das durchhalten!)

Ich bedaure, meine Damen und Herren, da wir in vielen Fragen gar nicht auseinander sind, daß wir uns nicht verständigen konnten.

Ich habe als Minister nicht hineinzureden, ob und wie sich das Parlament über eine solche Frage verständigt oder nicht verständigt. Aber ich sage Ihnen: So war es von mir nicht beabsichtigt und auch von der Mehrheitsfraktion nicht gesehen.

Ich habe mich vor dem Hintergrund meiner Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung interner Art gezwungen gesehen, einen solchen Brief zu schreiben. Ich habe ihn dann, fast zeitgleich, auch an andere zur Kenntnis gegeben.

(Minister Einert)

(A) Daß die SPD-Fraktion weite Passagen sinngemäß - einige sogar wortgleich - übernimmt, wäre ausdiskutieren gewesen. Ich würde es bedauern, wenn hier mit etwas kleinkariertem Nickeligkeit ein solcher gemeinsamer Ansatz wieder kaputtgemacht würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD-Fraktion)

Sie sollten - wenn Sie mir den Rat gestatten - doch noch einmal versuchen, sich in bestimmten Passagen zu verständigen, nicht überdrehen und auch nicht versuchen, den anderen an Halbsätzen über den Tisch zu ziehen. In unserem gemeinsamen Interesse läge das nicht. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen würden das auch nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Professor Dr. Farthmann für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich noch einmal kurz Ihre Zeit in Anspruch nehmen muß. Ich glaube aber, die Sache ist wichtig genug.

(B) Zunächst zu Ihrem Monitum, Herr Tschoeltsch, in dem Sie das mit der Pannie akzeptieren. Es war wirklich nicht böse gemeint. Wir haben uns x-mal dafür entschuldigt, ich mich persönlich bei Ihnen. Es ging nur darum, daß wir möglichst schnell einen Text hatten.

Wir waren der Meinung, daß der Brief des Wirtschaftsministers die Sache im wesentlichen richtig darstellt. Das zeigt sich ja auch darin, daß Sie das alles nachher, auch jetzt in Ihrem Antrag, selbst übernommen haben. Sich darauf nun noch zu berufen, ist wirklich ein bißchen billig.

Die entscheidende Differenz ist eine andere. Da muß ich Ihnen zunächst sagen, Herr Linssen: Sie erwecken im Plenum einen falschen Eindruck, wenn Sie sagen, es gebe eine Meinungsverschiedenheit unter uns, zwischen SPD und Ihnen, darüber, ob wir auch an die anderen SPD-regierten Länder appellieren wollen, die Subventionen zu leisten.

(C) Dies steht in unserem Antrag sogar ausdrücklich drin. Auf Seite 2 heißt es ausdrücklich - übrigens wortgleich mit Ihnen -:

Der Landtag appelliert aber auch eindringlich an die Länder Bremen, Niedersachsen, Saarland und Brandenburg, ihre bisherigen Praktiken aufzugeben, mit öffentlichen Geldern am Markt nicht mehr lebensfähige Unternehmen zu Lasten solcher, die ihre internationale Konkurrenzfähigkeit unter Beweis gestellt haben, zu erhalten.

Wortwörtlich steht das in unserem wie in Ihrem Antrag. Jetzt wird die ganze Grotteske dessen klar, was wir hier machen. Ich möchte Sie bitten, das noch einmal zu überlegen.

Wenn Sie sich nämlich die Anträge vergegenwärtigen - den der GRÜNEN lasse ich einmal beiseite, das ist sozusagen eine andere Ebene, er lohnt nicht - , stellen Sie fest, die drei Anträge stimmen so gut wie wortwörtlich überein. Lediglich in dem Antrag der CDU - an dem orientiere ich einmal - ist ein Punkt IV angefügt, den wir nicht wollen. Das ist die einzige Differenz.

Ich habe vergeblich versucht, Herrn Linssen davon abzubringen. Dieser Punkt IV ist nur auf den Übereifer von Herrn Meyer zurückzuführen, der offenbar nach dem Motto "Herr Lehrer, ich weiß was" meint, es müßte da etwas hinein, was mit der augenblicklichen Situation überhaupt nichts zu tun hat.

Gehen Sie die drei Punkte durch. "Keine direkte Unterstützung der Stahlindustrie" steht für die Landesregierung überhaupt nicht zur Debatte. Das diskutiert überhaupt kein Mensch. Das existiert vielleicht in der Phantasie von Herrn Meyer - sonst nirgendwo.

Der zweite Punkt "keine Bildung einer Ruhrstahl AG". Ich will auch keine Ruhrstahl AG, aber jetzt einen Beschluß über Maßnahmen zu fassen, die wir übermorgen treffen müssen, ist absurd und riskant. Deswegen warne ich davor.

(Beifall bei der SPD)

(D) Das hat mit der gegenwärtigen Situation jedenfalls nichts zu tun.

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

Der dritte Punkt: "Der Ministerpräsident sollte die anderen betroffenen Ministerpräsidenten ermahnen...". Herr Linssen - ich kann Ihnen verbindlich erklären -: Unser Ministerpräsident hat sich an die vier SPD-Minister mehrfach eindringlich gewandt. Das heißt, Ihr Appell im dritten Spiegelstrich ist erfüllt, er ist vollzogen.

Sie werden aber auch durch eine Wiederholung weder Herrn Schröder, noch Herrn Wedemeier in Bremen noch Herrn Lafontaine an der Saar noch Herrn Stolpe in Brandenburg davon abbringen, die Erhaltung dieser Arbeitsplätze zu fördern, also aus ihrer Sicht alles dafür zu tun. Hier stehen doch Interessen gegen Interessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD-Fraktion)

Meine Damen und Herren! Das zeigt: Alle Anträge - die F.D.P. schustert noch ein bißchen hinein -, bis auf diesen letzten Absatz, sind voll identisch. Wenn wir es daran scheitern lassen, kann ich Ihnen nur sagen: Das ist unverantwortlich.

Meine Damen und Herren von der Opposition, merken Sie denn nicht, daß es die Bürger bei den Politikern so anwidert,

(B)

(Beifall bei der SPD)

daß wir wegen irgendwelcher taktischen Raffinessen und Hinterhältigkeiten nicht zu Stuhle kommen, anstatt eine gemeinsame Entscheidung in den Punkten zu fällen, in denen wir uns wortwörtlich einig sind?

Meine Damen und Herren! Ich entlasse Sie da nicht aus der Verantwortung. Deswegen stelle ich hier im Namen der SPD-Fraktion den Änderungsantrag zu dem CDU-Antrag, den Absatz IV im CDU-Antrag ersatzlos zu streichen. Danach werden wir darüber abstimmen, was dann übrigbleibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Linssen für die CDU-Fraktion.

(C)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst weise ich Ihre Unterstellung, Herr Farthmann, daß Sie der einzige sind, der sich um die Probleme des Landes kümmert und nicht so taktische Raffinements, wie angeblich andere Parteien sie vornehmen, benutzt, auf das entschiedenste für die CDU-Fraktion zurück.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es sehr gut, daß Sie jetzt offensichtlich bereit sind, über den Antrag im Detail zu sprechen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das dient der Wahrheitsfindung!)

Sie haben hier erklärt zu unserem Absatz IV, der für uns essentiell ist: Der erste Spiegelstrich findet Ihre volle Unterstützung - direkte Subvention gibt es nicht, haben Sie gesagt. Damit haben wir keine Probleme. Dann kann er ja stehen bleiben.

Beim zweiten Spiegelstrich über die Ruhrstahl AG wäre ich bereit, die Passage des Herrn Wirtschaftsministers Einert zur Situation in Nordrhein-Westfalen, zu dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen - er hat die über 200 000 weggefallenen Arbeitsplätze erwähnt, bei denen Stahl ca. 10 % ausmacht - und die Tatsache, daß er sich nicht vorstellen kann, daß dieser Markt mit anderen Maßstäben gemessen wird, aufzunehmen.

(D)

Wir könnten auf das Protokoll warten. Dann fügen wir diese Passage von Herrn Einert hier ein; er hat den Beifall der gesamten CDU gefunden, ich glaube, auch der F.D.P. hier im Hause.

Zum dritten Spiegelstrich haben Sie gesagt, der mache Ihnen auch keine Probleme, weil das selbstverständlich der Ministerpräsident schon getan hätte. Er hätte an die anderen Länder wegen der Subventionen appelliert. Wir fordern auf, im Rahmen der Bund/Länder-Finanzverhandlungen das Paket neu aufzunehmen. Wenn Ihnen das auch keine Probleme macht, dann nehmen wir gern im Interesse der gemeinsamen

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Sache die Passage über Ruhrstahl hinaus und ergänzen sie durch die Passage, die Wirtschaftsminister Einert hier vorgetragen hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf Herrn Farthmann eingehen. Er hat gesagt: Die Menschen sind von den Politikern angewidert, die wegen irgendwelcher taktischer Raffinessen und Hinterhältigkeiten einem solchen Antrag der SPD, der dann das Gesamtwohl des Landes vertritt, nicht zustimmen könnten.

Ich möchte das zurückweisen. Ich finde es ungeheuerlich, daß Sie hier für die SPD-Fraktion die ideelle Gesamtperspektive für das Land NRW für sich beanspruchen und nicht zur Kenntnis nehmen, wenn hier andere Vorstellungen vorgetragen werden, wie ich das gerade getan habe. Dann unterhalten Sie sich mit Ihrem Nachbarn und kümmern sich einen Dreck darum, was hier vorgetragen wird!

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der SPD)

Das finde ich nicht hinnehmbar, und das ist unparlamentarisch.

Aber jetzt will ich zur Sache sprechen. - In unserem Antrag haben wir versucht, deutlich zu machen, daß mit einem solchen Vorstoß, der anderen Ländern Vorschriften machen will, genau das Gegeneinanderauspielen von Stahlbelegschaften und Stahlstandorten begonnen wird, daß hier mit der Kritik an dieser einzelnen Subvention für EKO-Stahl, wo ich begründet habe, warum das für den Aufbau Ost eine wichtige Maßnahme ist, genau dieses Gegeneinanderauspielen befördert wird und hier Sündenböcke aufgebaut werden, mit denen man dann vor die Dortmund-Stahlarbeiter treten will, um zu begründen, warum es denen jetzt so schlecht geht. Dabei blendet man

(C) dann völlig aus, daß zum Beispiel Krupp-Hoesch in den Jahren zuvor große, milliardenschwere Gewinne gemacht hat und daß sich jetzt Krupp-Hoesch mit der Kündigung des Gewinnabführungsvertrages aus dieser Verantwortung herausstehlen will.

Deshalb haben wir den Vorschlag gemacht, konzerninterne Beschäftigungsgesellschaften zu gründen. Sie gehen mit keinem einzigen Wort darauf ein.

Dann die Frage des EG-Instrumentariums. Es geht doch nicht nur um ein Subventionsverbot. Es geht doch auch um das EGKS-Instrumentarium der Marktregulierung in einem Bereich, in dem die Marktwirtschaft versagt oder auch versagen muß. Mit keinem Wort gehen Sie darauf ein.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das haben wir doch schon x-mal beschlossen!)

Dann muß ich sagen: Wenn die CDU jetzt ihren eigenen Antrag geradezu verstümmelt, indem sie zu den entscheidenden Fragen nichts mehr sagt - -

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Einen Punkt nehmen wir heraus!)

(D) Eine entscheidende Frage ist die Ruhrstahl AG. Herr Farthmann hat gerade gesagt, daß es doch blöd wäre, eine Passage in etwas hineinzuschreiben, wozu man möglicherweise übermorgen Entscheidungen treffen muß. Ja, reden wir nur über etwas, was schon längst passiert ist? Das ist doch genau das, was droht: daß hier im Rahmen einer Ruhrstahl AG, öffentlich finanziert, die Lasten übernommen werden, aus denen die Stahl-Obergesellschaften sich herausstehlen wollen. Das ist doch genau das, was stattfindet. Hier muß doch ein Pflock eingerammt werden!

Wir wollen nicht mit öffentlichen Mitteln, mit Mitteln der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für unternehmerisches Versagen eintreten. Das ist hier der Punkt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen hat dieser Punkt, daß die Bildung einer Ruhrstahl AG nicht mit Landesmitteln unterstützt wird, zentrale Bedeutung.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A)

Das gleiche gilt übrigens für die Stahlstiftung. Das muß darin stehenbleiben; sonst haben Sie Ihren eigenen Antrag verstümmelt.

Dann Ihr dritter Punkt:

Sollte dies am Widerstand der anderen Bundesländer scheitern, wird die Landesregierung aufgefordert, eine entsprechende Mittelkürzung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zu prüfen ...

Das ist natürlich barer Unsinn! Diesen Punkt sollten Sie streichen und nicht den Punkt zuvor.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wir sind der festen Überzeugung, daß den Interessen der Menschen in diesem Lande und der Stahlarbeiter insbesondere auch in Dortmund mit unserem Antrag wesentlich besser gedient ist als mit Ihrem Antrag. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P.!

(B)

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Farthmann, wenn wir gar nicht so weit auseinander sind, wie Sie hier immer sagen, dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu!

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das ist etwas viel verlangt! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ja nun! Das ist doch ganz einfach. Sie sagen: Wir sind ganz nahe beieinander. Es gibt kaum noch Unterschiede.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist das Niveau der Bezirksvertretung! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn das doch so ist, dann stimmen Sie unserem Antrag zu, und das Problem ist gelöst.

Aber ich verstehe das: Sie können dem ja nicht zustimmen, weil Sie immer zwischen guten und bösen Subventionen unterscheiden. Ich sage das noch einmal deutlich. Deswegen können wir da jetzt auch nicht mitmachen. Wir sind auch nicht bereit, so zu tun, als ob wir uns alle einig wären. Wir sind es nicht! Wir sind es auch gerade bei den Punkten nicht, die der Kollege Linssen noch einmal genannt hat. Und jetzt eine Resolution nach dem Motto zu verabschieden: "Jetzt müssen wir ganz schnell sehen, daß wir hier noch eine Einigkeit zustande bringen", um uns dann nach 24 Stunden wieder vorzuwerfen, daß wir etwas ganz anderes darunter verstehen, das macht keinen Sinn.

Deshalb sollte jeder seinem Antrag zustimmen; dann haben wir eine klare Linie. Es gibt hier keine Einigkeit zwischen den Fraktionen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt vier Entschließungsanträge, die alle inhaltlich Ähnlichkeiten und in geringem Umfang auch Abweichungen aufweisen, so daß ich, bevor ich der Reihenfolge nach zu den Abstimmungen komme, zunächst noch einmal den Änderungsantrag behandeln möchte, den Herr Kollege Professor Farthmann zum Entschließungsantrag der CDU-Fraktion gestellt hat. Er hat den Antrag gestellt, daß im CDU-Entschließungsantrag die Nummer IV insgesamt gestrichen wird.

Herr Kollege Dr. Linssen hat dann auch zum Entschließungsantrag der CDU einen Antrag gestellt, in den Spiegelstrich 2 die Passage aus den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers aufzunehmen. Diese Passage liegt uns zur Zeit hier schriftlich nicht vor.

Die dritte Frage, die sich ergibt, die Sie angesprochen haben, Herr Dr. Linssen, war die Frage zu Spiegelstrich 3. Da ist mir nicht ganz klar, ob Sie auch einen Änderungsantrag gestellt haben oder ob das nur eine kommentierende Bemerkung war.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nur eine kommentierende Bemerkung!)

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

Nun habe ich die Frage zu stellen, ob die Neigung besteht abzuwarten, bis die Passage von Herrn Einert kommt, oder ob wir direkt zur Abstimmung kommen. - Ich sehe, daß Sie die Abstimmung jetzt wünschen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ach, Entschuldigung! - Er gibt sich zum Rednerpult.)

Ich frage, ob Widerspruch eingelegt wird. - Das hätte ich ohnehin gefragt, weil die Frage jetzt auftaucht. Entgegen sonstiger Überlegungen wird hier ja zeitlich abgestimmt. Ich frage also, ob gegen die Abstimmung zu diesem Zeitpunkt Widerspruch erhoben wird. - Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, wir sollten uns doch die Mühe machen, wie Herr Farthmann sagte, zu einem gemeinsamen Signal in dieser Situation zu kommen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Wir lehnen Ihren Antrag ab!)

Ich habe auf den Beitrag von Herrn Farthmann - das können Sie im Protokoll nachlesen - exakt reagiert.

(B)

Herr Farthmann hat erklärt, im Absatz IV sei der erste Spiegelstrich für ihn selbstverständlich, der dritte sei gedeckt dadurch, daß der Ministerpräsident bereits die Aufforderung an die anderen Länder gegeben habe. - Wenn es so ist, ist es unschädlich. Der zweite Spiegelstrich - da geht es um die Ruhrstahl AG - hat ihn gestört, diesen kann er nicht mittragen. - Ich nehme diesen heraus und möchte ihn durch die Formulierung ersetzen, die Herr Einert hier kundgetan hat.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wenn Sie das schriftlich vorlegen!)

Wenn Sie nicht mittragen, was Herr Einert hier vorgebracht hat, bitte ich Sie, das zu sagen. Dann kommen wir zur getrennten Abstimmung.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, dann wollen wir es doch so halten, wie wir es in solchen Situationen zu tun pflegen: Der Text, über den abgestimmt werden soll, muß schriftlich vorliegen. Diese Sitte wollen wir einhalten. Da er nicht schriftlich vorliegt, sondern erst dem Protokoll entnommen werden muß, setze ich hiermit die Abstimmung aus.

(Widerspruch von der SPD - Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD] meldet sich zu Wort.)

- Herr Professor Farthmann, der Text der Passage liegt nicht vor. - Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zum Antrag der CDU den Änderungsantrag gestellt, Ziffer IV ersatzlos zu streichen. Dann bedarf es nicht mehr irgendwelcher Formulierungen. Wenn dieser Antrag die Mehrheit erhält, bedarf es überhaupt keiner Diskussion mehr über das, was Herr Einert gesagt hat, oder ob er nichts gesagt hat.

(Lachen bei der CDU)

- Ich weiß gar nicht, was es da zu lachen gibt. Das ist eindeutig und klar. Deshalb können wir abstimmen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Das ist zweifellos der weitergehende Antrag. Diesem ist also der Vorzug zu geben.

Ich komme damit zur Abstimmung über die Entschließungsanträge, zunächst zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/6467. Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6468. Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/6475 auf. Wer diesem seine Zustimmung möchte, möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe schließlich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6476 auf. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Ziffer IV dieses Entschließungsantrags zu streichen, abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6476 in der Fassung des soeben angenommenen Änderungsantrags. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Gelächter und demonstrativer Beifall bei der SPD)

(B)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU] meldet sich zu Wort.)

Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Fassung des soeben angenommenen Änderungsantrags angenommen.

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

(Unruhe)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Abstimmung lege ich für die CDU-Fraktion Wert auf die Feststellung, daß die Passage IV für uns

wichtig war. Das war auch der Unterschied, der zur SPD herausgearbeitet worden war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Es hat unsererseits den Versuch einer Gemeinsamkeit gegeben, die von Herrn Farthmann zurückgewiesen worden ist.

(Lachen bei der SPD)

Den durch die SPD verstümmelten Antrag konnten wir deshalb nicht mittragen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Damit ist auch die sogenannte Stahlrunde abgeschlossen. Ich schließe diesen Einzelplan.

Ich rufe auf Nummer 2:

Einzelplan 05: Kultusministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6405 und den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6449.

(D)

Wir behandeln erst den Teil

a) Schule und Weiterbildung.

Ich erteile zunächst der Frau Abgeordneten Philipp für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Abgeordnete Philipp (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist auch in diesem Jahr die Beratung des Haushalts des Kultusministeriums wieder nur dazu angetan, den Menschen in unserem Land zu sagen, daß ihre Sorgen um die Zukunft unserer Kinder und um die Zukunft unseres Landes mehr als berechtigt sind.